

lokales

Kampagne des Gewerbeverbands: Auch Linke wollen Staatsunternehmen zurückbinden

Im Kampf gegen unfaire Konkurrenz von staatsnahen Firmen erhält der Verband Berner KMU breitere Unterstützung.

Julian Witschi

Verstärkter Flankenschutz für KMU-Verbandsdirektor Lars Guggisberg: die grüne Grossrätin Andrea de Meuron (links) und Sibyl Eigenmann (Die Mitte).

Die Expansion der BKW über ihr Stromversorgungsmonopol hinaus ins privatwirtschaftliche Dienstleistungsgeschäft verärgert das Gewerbe schon einige Zeit. 2017 lancierte der Verband Berner KMU die Kampagne «Fair ist anders» gegen angeblich wettbewerbsverzerrende Konkurrenz staatsnaher Firmen. Denn diese nützten immer mehr ihre Monopolstellung und ihre Kapitalkraft mit dem Staat im Rücken missbräuchlich aus.

Die Debatte ist aber ins Stocken geraten, wie Verbandsdirektor und SVP-Nationalrat Lars Guggisberg am Dienstag an einer Medienkonferenz einräumte. Mehrere Vorstösse zur weiteren Privatisierung der BKW sind im Grossen Rat gescheitert. Ebenso der geforderte Verkauf der kantonalen Informatikfirma Bedag. Dagegen wurde die Kampagne «Fair ist anders» vom Gewerbeverband national ausgeweitet, etwa gegen «den Gemischtwarenladen der Post».

Monopolbereiche klar definieren

Die Berner KMU nehmen nun einen neuen Anlauf, um gleich lange Spiesse mit Unternehmen des Kantons und der Gemeinden zu erhalten. Die Basis legt eine Studie der ZHAW unter der Leitung des auf Wettbewerbsrecht spezialisierten Professors Patrick Krauskopf, des ehemaligen Vizedirektors der Wettbewerbskommission (Weko).

Krauskopf drängt darauf, dass dieselben kartellrechtlichen Grundsätze für private Unternehmen auch für öffentliche gelten. Monopolbereiche müssten genau abgegrenzt werden. Der Gesetzgeber solle zudem dafür sorgen, dass keine Quersubventionierung möglich sei. Ebenso sei klar festzuschreiben, in welchen Märkten Staatsbetriebe teilnehmen dürften.

Es brauche Zweckartikel für jeden staatlichen Monopolisten mit einer genauen Definition der Grundversorgung sowie mehr Transparenz und eine Aufsicht, fasste Guggisberg zusammen. Für diese Grundsätze erhalten die Berner KMU breitere Unterstützung. Der Verband konnte eine überparteiliche Arbeitsgruppe bilden. In ihr sind alle Grossratsfraktionen vertreten, neben Bürgerlichen unter anderem die Grossratsmitglieder Nicola von Greyerz (SP) und Andrea de Meuron (Grüne).

De Meuron plädierte an der Medienkonferenz für eine strikte Aufteilung zwischen Monopol- und Wettbewerbsbereich. Die Grossrätin und Thuner Gemeinderätin, die auch für das Thuner Stadtpräsidium kandidiert, würde «allenfalls auch mit Teilprivatisierungen» mögliche Wettbewerbsverzerrungen wie Quersubventionierung verhindern.

Mehr Transparenz der BKW

Die BKW müsse zum Beispiel auch ihre Tochterfirmen klar erkennbar machen. Heute sei mit den vielen übernommenen Tochtergesellschaften, die oft ihren alten Namen behielten, nicht sichtbar, wenn sich bei Ausschreibungen mehrere BKW-Töchter bewürben. Auch Kennzahlen und Geldflüsse müssten öffentlich werden.

Monteure von E3 HLK im Einsatz. Kaum jemand weiss, dass das Heizungs- und Lüftungsunternehmen von der BKW übernommen worden ist.

Die Arbeitsgruppe habe bereits Volkswirtschaftsdirektor Christoph Ammann (SP) treffen können, sagte Guggisberg. «Wir wollen nun gemeinsam Lösungen finden, werden aber auch Vorstösse formulieren.»

So soll zum Beispiel die Bedag wieder «entweder anderen Informatikanbietern gleichgestellt oder verkauft werden». Die Gebäudeversicherung soll neu aufgebaute Geschäftsfelder abtossen. Und bei der BKW lautet die Forderung noch ziemlich unkonkret nach einer «Korrektur der Eigentümerstrategie». Entscheiden wird letztlich der Grosse Rat. Bisher zeigte er sich nicht sonderlich reformfreudig.